

Antrag

gemäß der Geschäftsordnung

Bündnis 90/DIE GRÜNEN, Fraktion

Nr.: **A 19/0241-01**

Status: öffentlich

Datum: 25.03.2019

Bundeszuschüsse für die Integration von Flüchtlingen

Antrag Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Beratungsfolge

| <u>Status</u> | <u>Datum</u> | <u>Gremium</u> |
|---------------|--------------|-----------------------------------|
| Ö | 11.04.2019 | Rat der Stadt Mülheim an der Ruhr |

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt beauftragt den Oberbürgermeister und den Kämmerer, gemeinsam mit anderen Kommunen auf Bundesfinanzminister Olaf Scholz intensivst einzuwirken, von seinen Planungen, die an Städte und Gemeinden gehenden Bundeszuschüsse für die Integration von Flüchtlingen schrittweise von jetzt 4,7 Milliarden Euro auf letztlich 1,3 Milliarden Euro zu reduzieren, Abstand zu nehmen.

Er stellt fest, dass Mülheim an der Ruhr aufgrund seiner finanziellen Situation wie auch die meisten anderen Kommunen nicht in der Lage wäre, diesen gravierenden Ausfall durch eigene Mittel aufzufangen. Der Rat hätte dann nur noch die Wahl zwischen drastischer Absenkung der Aufwendungen für Flüchtlingsintegration mit einhergehendem integrationspolitischem Qualitätsrückgang oder Kompensation durch drastische Sparbeschlüsse, die in Teilen der Bevölkerung Aversionen gegen Flüchtlinge bestärken bzw. auslösen könnten.

Begründung:

Integration von Flüchtlingen ist eine langfristige Aufgabe. Sie ist kein schnelles bei Bedarf wieder herunterfahrbares Projekt. Die Planung von Bundesfinanzminister Scholz läuft aber genau darauf hinaus.

Schon bisher hatten die Kommunen die finanzielle Hauptlast der auch von der Bundesregierung gewollten Integration zu tragen. Die Kompensation einer weiteren Absenkung der jetzigen Bundesmittel um bis zu 70 Prozent über die Einführung einer sich jährlich verringernenden Kopfpauschale ist für finanzschwache Kommunen wie Mülheim nicht mehr umsetzbar. Der Bundesfinanzminister argumentiert, dass die Zahl der Asylbewerber sinke. Dies ist nicht stichhaltig, weil der kommunale Investitionsbedarf für Integration derjenigen, die anerkannt sind sowie für jene, die nicht anerkannt sind, aber aus verschiedenen Gründen in der Stadt verbleiben, weiterhin gegeben ist. Trotz verringerten Zuzugs steigt die Gesamtzahl der zu Integrierenden weiter an. Mülheim muss weiterhin Integrationskurse anbieten, Plätze in Schulen und Kitas zur Verfügung stellen, die Kosten der Unterkunft tragen.

Die Umsetzung der ministeriellen Gedankengänge müsste zu einer drastischen Einschränkung entsprechender Angebote führen, was dem Ziel einer gelungenen Integration zuwiderliefe. Daran kann niemand Interesse haben. Das bisherige Engagement der Stadt als auch ihrer Bürger*innen würde ad absurdum geführt. Diese unverantwortlichen Planungen gefährden das Integrationsklima im Land.

Es geht deshalb darum, gemeinsam mit anderen Kommunen sowie den kommunalen Spitzenverbänden bereits jetzt den Minister von seiner Absicht abzubringen.

Tim Giesbert
Fraktionssprecher